

der AfD und Freie Bürger-Fraktion in der SVV Teltow

Massive finanzielle Belastungen für Eigentümer, Mieter und den städtischen Haushalt. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Teltow (30.09.2026) wurde die kommunale Wärmeplanung (DS-136/2026-NEU) mehrheitlich beschlossen.

Teltow, 01. Oktober 2026

Mit dem gestrigen Mehrheitsbeschluss stellt die Stadt Teltow die kommunale Wärmeplanung förmlich als fertiggestellt fest. Aus Sicht der Fraktion AfD / Freie Bürger übernimmt die Stadtverordnetenversammlung damit leichtfertig die Weichenstellungen des umstrittenen Gebäudeenergiegesetzes („Heizungsgesetz“) und des Wärmeplanungsgesetzes des Bundes, anstatt die Interessen und Geldbeutel der Bürger vor Ort zu schützen.

Dazu erklärt die Fraktionsvorsitzende Ellen Behnke:

„Die SVV-Mehrheit hat gestern die Augen vor der Realität verschlossen und das ideologische Heizungsgesetz des Bundes auf kommunaler Ebene durchgewunken. Dass sechs Stadtverordnete standhaft mit Nein gestimmt haben, zeigt: Der Widerstand gegen diese dirigistische Energiepolitik ist da – auch wenn die anderen Fraktionen die Bedenken der Bürger einmal mehr ignoriert haben.

Die ständige Beschwichtigung der Verwaltung, der Wärmeplan entfalte ‚keine Außenwirkung‘ und verpflichte niemanden, bleibt eine gefährliche Augenwischerei. Wer Teltow jetzt in Gebiete für ‚Individualversorgung‘ und ‚Wärmenetze‘ einteilt, stellt die Weichen für die Zukunft. Für tausende Eigentümer in der Individualversorgung bedeutet dies künftig bei einem Heizungswechsel enormen Druck hin zu unbezahlbaren Wärmepumpen und Zwangssanierungen. In den geplanten Netzgebieten drohen den Bürgern intransparente Monopolpreise.“

Die Fraktion verweist erneut auf die Zahlen der städtischen Bestandsanalyse: Fast **62 Prozent** des Wärmebedarfs in Teltow (insgesamt 268,5 GWh/a) werden heute zuverlässig über Erdgas (49,0 %) und Heizöl (12,8 %) gedeckt – Wärmepumpen machen lediglich 3,8 Prozent aus.

„Das beschlossene Zielszenario, den Wärmebedarf trotz Zuzugs bis 2045 auf 157 GWh fast zu halbieren, ist pure Utopie. Es setzt eine Sanierungsrate von mindestens einem Prozent pro Jahr voraus. Wer soll das bezahlen? Für Familien und Rentner im Eigenheim sind die geforderten Investitionen existenzbedrohend, und für Mieter führt die Umlage energetischer Sanierungen unweigerlich zu drastischen Mieterhöhungen.“

Auch die finanziellen Risiken für die Stadt Teltow sieht die Fraktion keineswegs gebannt. Mit dem Beschluss ist die Verwaltung nun beauftragt, Sanierungsfahrpläne für kommunale Liegenschaften aufzustellen und personelle Kapazitäten für Monitoring und Energieberatung vorzuhalten – bei völlig ungewisser Förderung durch Bund und Land.

„Wir lassen die Teltower Bürger mit diesen drohenden Belastungen nicht allein. Der gestrige Beschluss war nur der erste Schritt der Verwaltung. Wenn in den kommenden Monaten und Jahren konkrete Satzungen zu Anschluss- und Benutzungszwängen, Gebietsausweisungen oder teure Sanierungsbeschlüsse für städtische Gebäude in die SVV eingebracht werden, wird die Fraktion AfD / Freie Bürger jede einzelne Vorlage akribisch prüfen und für die Bezahlbarkeit des Wohnens und echte Technologieoffenheit kämpfen.“

[Maßnahmenkatalog](#)

[Abschlussbericht](#)

[Gebietsausweisung](#)

Für Rückfragen:
e.behnke-svv@teltow.eu
Stadtverwaltung
z.H. Fraktion AfD und Freie Bürger
Marktplatz 1-3
14513 Teltow